

3956/J XX.GP

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Gaugg
und Kollegen

an den Bundeskanzler

betreffend arbeitsplatz - und lehrplatzvernichtende Politik der Bundesregierung

Bereits seit ihrem Bestehen hat die rot - schwarze Koalitionsregierung in zahlreichen Erklärungen Maßnahmen zur Schaffung bzw. zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit angekündigt;

Zuletzt hat der Bundeskanzler anlässlich einer Klubklausur am 11. Jänner 1998 eine „neue Vollbeschäftigung“ angekündigt.

Es wäre daher eigentlich zu vermuten, daß - wie es der Bundeskanzler im Namen der Koalition als Ziel formuliert hat - der Arbeitsmarkt längst ein Verkäufermarkt hätte werden müssen, „bei dem der einzelne, der seine Arbeitskraft verkauft, sich wieder aussuchen kann, wem er sie verkaufen will“.

Die Wirklichkeit sieht aber leider anders aus:

Ende Februar 1998 waren - trotz günstiger Witterung - alarmierende 296.175 Personen als arbeitslos vorgemerkt, wobei die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um 6.899 Personen oder 2,4 % zugenommen hat.

Wie drastisch sich die Zahl der Arbeitslosen in den Regierungsjahren der großen Koalition erhöht hat, zeigt nachstehende Tabelle

Jahr	Arbeitslose(Durchschnitt)
1987	164.467
1988	158.634
1989	149.178
1990	165.795
1991	185.028
1992	193.099
1993	222.267
1994	214,941
1995	215.716
1996	230.507
1997	233.500

Dabei ist zu bedenken, daß die Bundesregierung wohlweislich nur etwa die Hälfte der echten Arbeitslosenzahlen in ihren Statistiken ausweist. Die Arbeitsmarktdaten werden dadurch verfälscht, daß etliche größere Personengruppen nicht als Arbeitslose gezählt werden. So werden Arbeitslose, die seitens des Arbeitsmarktservice zu einer Schulungsmaßnahme verpflichtet werden, nicht in der offiziellen Statistik ausgewiesen, ebensowenig etwa Bezieher von Sonderunterstützung, Sondernotstandshilfe, Pensionsvorschuß, Karenzgeld etc. Die Bundesregierung bewirkt überdies durch die Forcierung des Abschiebens Zehntausender älterer Arbeitnehmer in die Frühpension insbesondere auch in staatsnahen Unternehmungen (Schulbereich, Landesverteidigung, ÖBB, Post und Telekom AG, Banken - und Versicherungsbereich, Österreichische Bundesforste, OMV usw.) eine deutliche Verschleierung der Arbeitslosenzahlen. Dazu kommen noch die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft, die gegen ihren Willen zum frühestmöglichen Termin in den Ruhestand treten müssen, etwa weil sie keine weitere Beschäftigungsmöglichkeit haben oder keine weiteren Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung mehr erhalten, weil sie bereits einen Pensionsanspruch haben. In diesem Zusammenhang sei auf die stetig steigende und im internationalen Vergleich sehr hohe Zahl der Frühpensionisten hingewiesen.

Aus den offiziellen Statistiken ist auch nicht ersichtlich, wievielen Schul- und Universitätsabgängern der Berufseinstieg nicht auf Anhieb gelingt und wieviele Mütter, die nach dem Schuleintritt ihrer Kinder wieder arbeiten wollen, keine neue Beschäftigung finden. Bezieht man diese großen Personengruppen von arbeitswilligen bzw. -fähigen Personen in die Berechnung mit ein, so ergibt sich annäherungsweise eine Gesamtzahl von 500.000 bis 600.000 Arbeitslosen.

Zu diesem Anstieg der Arbeitslosigkeit haben in den letzten Jahren folgende von der Bundesregierung gesetzte Maßnahmen entscheidend beigetragen:

- a) Stagnation bei den Ausgaben des Bundes für aktive Arbeitsmarktpolitik auf niedrigem Niveau von etwa 10 % der gesamten arbeitsmarktpolitischen Ausgaben;
- b) Verringerung der Förderungsmöglichkeiten des Arbeitsmarktservice durch zusätzliche Überweisungen in Milliardenhöhe an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger;
- c) weitere Erhöhung der Lohnkosten durch die Kommunalsteuer und Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um ca. 2 Prozentpunkte seit 1992;
- d) Verringerung der Karenzzeit um ein halbes Jahr;
- e) weitere bürokratische und finanzielle Belastungen für Unternehmer etwa durch die ständig novellierte, z.T. verfassungswidrige Werkvertragsregelung und die Abwicklung der Krankenscheingebühr;
- f) Erhöhung des Risikos der Selbständigkeit durch die Beseitigung der Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung;
- g) weitere finanzielle Belastung der Unternehmen durch Mindest - KöSt, Erhöhung der Gebühren und Abgaben, Sistierung der Verlustvorträge, Erfindung einer 13. Umsatzsteuervorauszahlung;

h) ungebremster Anstieg der Abgabenbelastung auf mittlerweile 45,7 % lt. Eurostat (EU - Durchschnitt 42,4 %) u.a. durch die stetig zunehmende kalte Progression und

i) organisatorische und finanzielle Mehrbelastung der Betriebe durch das über - zogene ArbeitnehmerInnenschutzgesetz.

Dabei ist bemerkenswert, daß sich die Bundesregierung im Zuge des EU - Beschäftigungsgipfels in Luxemburg zu einer Reihe von Maßnahmen verpflichtet hat, die geradezu im Gegensatz zu ihrer bisherigen Politik stehen. Ganz Europa hat damit indirekt festgestellt, daß die bisherige Politik der Bundesregierung geradezu arbeitsplatzvernichtend war. Obwohl sich offenkundig die Bundesregierung hiedureh verpflichtet hat, die arbeitsplatzvernichtenden Maßnahmen rückgängig zu machen, ist bis dato aber nichts geschehen.

Besonders drastisch läßt sich die von Bundeskanzler Klima seit Jahren betriebene Ankündigungspolitik am Beispiel der prekären Situation der Lehrlingsausbildung darstellen. Mit Ende Februar 1998 standen laut Arbeitsmarktservice 2.452 sofort verfügbaren offenen Lehrstellen 3.521 sofort verfügbare Lehrstellensuchende gegenüber. Laut dem stellvertr. Leiter des AMS für Jugendliche in Wien trugt aber das statistische Zahlenmaterial, da „zur offiziellen Zahl noch eine ebenso hohe Dunkelziffer kommt.“ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine IHS - Studie, der zu entnehmen ist, daß „bei den 15 - 19jährigen bloß jeder zweite Arbeitslose als solcher registriert sei.“ „Wer sich länger als einen Monat nicht bei seinem Berater meldet, fällt aus der Computerdatei heraus“, erklärt eine Beraterin im AMS Wien die Ursache für diesen Umstand. Die tatsächliche und ungeschönte Zahl an Lehrstellensuchenden muß daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt richtigerweise mit alarmierenden 7.000 angesetzt werden, die auch in diesem Jahr auf den Lehrstellenmarkt drängen. Hinzu kommen im heurigen Jahr einerseits jene rund 7.600 Lehrlinge, die im vergangenen Jahr in Schulen abgeschoben wurden, sowie andererseits die Gruppe jener 15jährigen, die die Schulpflicht mit Ende des laufenden Schuljahres erfüllt haben wird. Verschärfend wirkt die Tatsache, daß die Zahl der 15 - jährigen heuer mit rund 96.000 gegenüber den Vergleichszahlen des Vorjahres um 1.200 gestiegen ist. Darüber hinaus werden Vorzieheffekte in Zusammenhang mit der Anstellung von Lehrlingen im vergangenen Jahr zu einer weiteren Einengung des Lehrstellenmarktes 1998 führen. „ In diesem Zusammenhang befürchtet Bundesminister und ÖAAB - Obmann Fasslabend daß es bis Jahresende 1998 zu einem enormen "Stau" von Lehrstellensuchenden kommen wird.

Angesichts der erschreckenden Fakten seien einmal mehr die vom Bundeskanzler getätigten Ankündigungen und Versprechen in Erinnerung gerufen, die durch die Realität längst als leere Worthülsen und Unwahrheiten entlarvt wurden.

Es wurde also nicht nur vom Bundeskanzler angeblich „oberstes Ziel“ bei weitem nicht erreicht, „daß im Herbst kein Lehrstellensuchender ohne Lehrstelle bleibt“, sondern es ist für dieses Jahr ein wahrhaftes Lehrstellendesaster zu erwarten.

Faktum ist, daß die von Bundeskanzler Klima in Zusammenhang mit der Lehrlingsausbildung eindrucksvoll unter Beweis gestellte fehlende Lösungskompetenz dazu führte, daß durch die Inanspruchnahme von Milliardenbeträgen aus AMS - Mitteln zur Förderung von Lehrstellen es zu einem „Wildwuchs an Förderungen“ kam, dessen Gewinner jene Betriebe gewesen sind, die gewartet haben, bis die Regierung in Panik war und junge Leute entsprechend spät einstellten, wie in diesem Zusammenhang selbst der Koalitionspartner, in Person von Dkfm. Dr. Stummvoll, kritisierte.

Durch die Aussage, daß „das derzeitige System insofern ungerecht sei, als derjenige, der mit der Beschäftigung von Lehrlingen am längsten zuwartet, in der Praxis die meisten Förderungen bekommt,“ hat der Bundeskanzler sein Scheitern erkannt, ohne aber aus dem fahrlässigen Umgang mit Steuergeldern Konsequenzen zu ziehen und entsprechende Veranlassungen zu treffen.

Die Konsequenzen dieses Wildwuchses an Förderungen im Vorjahr liegen auf der Hand. Ein Großteil der zur Verfügung stehenden Fördermittel sind aufgrund der laufenden Zusagen bereits gebunden. Die Förderbudgets des Arbeitsmarktservice sind dadurch auf Jahre blockiert, was unter anderem auch zur Aussage des Sprechers des AMS Steiermark geführt hat, daß „wir für heuer nur wenig Spielraum für neue Fälle haben,“. Für die aktuellen Lehrstellensuchenden steht daher kein Geld mehr zur Verfügung und insbesondere für die Schulabgänger des heurigen Jahres wurden die Chancen, eine Lehrstelle zu finden, stark gemindert.

Ohne Rücksicht auf die besorgniserregende heimische Beschäftigungssituation, die hohen Arbeitslosenzahlen und die ungelösten Probleme der Lehrlingsausbildung riskiert die österreichische Bundesregierung durch ihr Eintreten für eine rasche EU - Osterweiterung auch eine verstärkte Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, das Entstehen eines enormen Druckes auf das heimische Lohnniveau und eine vom österreichischen Arbeitsmarkt nicht zu verkraftende Neuzuwanderung von zigtausenden Billigarbeitskräften, wie dies einer Studie der Akademie der Wissenschaften zu entnehmen ist. Der Weg Österreichs zum Niedriglohnland ist damit vorprogrammiert. Die Finanznachrichten fassen die damit verbundenen Gefahren in ihrer Ausgabe vom 15. Jänner 1998 mit folgenden Worten zusammen:

offene Grenzen in der EU und die fraglos kommende Osterweiterung ... mindern die Möglichkeit, inländische Beschäftigte gegen ausländische Konkurrenten abzusichern,...“

Nicht zuletzt hat auch der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft der Textilarbeiter und Bundesminister Ettl zutreffend festgestellt, daß die triste und unbefriedigende Situation sowohl am heimischen Arbeitsmarkt als auch unionsweit, die sich nicht zuletzt aufgrund der rein monetären Konvergenzkriterien weiter verschlechterte und nach wie vor einer Lösung harret, „gemischt mit der Euphorie einer raschen EU - Osterweiterung“ somit „zum Brandsatz am europäischen Kontinent werden könnte“ (Harald Ettl, OTS062, 21.1.1998) und daß im Zusammenhang mit der EU - Osterweiterung mit Abwanderungen von Betrieben zu rechnen sein wird.

Da die Gefahr droht, daß die österreichische Bundesregierung ihre vor allem in den letzten Jahren betriebene arbeitsplatzvernichtende Politik fortsetzt und auch die skurrilen Bemühungen in Zusammenhang mit dem von der Bundesregierung in einer Aktuellen Stunde debatierten, aber noch immer nicht öffentlich präsentierten Beschäftigungsprogramm nicht geeignet sind, die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

DRINGLICHE ANFRAGE:

1) Wie rechtfertigen Sie den Umstand, daß sich die Zahl der Arbeitslosen seit Bestand der großen Koalition von durchschnittlich 164.467 im Jahr 1987 auf 233.500 im Jahr 1997 stetig erhöht hat?

2) Teilen Sie die Auffassung, daß diese Steigerung der Arbeitslosenzahlen die gänzliche Erfolglosigkeit der Bundesregierung in Beschäftigungsfragen offenbart?

Wenn nein, wer ist für diesen Erfolg der Bundesregierung verantwortlich?

3) Was verstehen Sie in Hinblick auf die derzeit vorliegenden Arbeitslosenzahlen unter Schaffung einer neuen Vollbeschäftigung"?

4) Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß in staatsnahen Unternehmungen auf langjährige Mitarbeiter Druck ausgeübt wird, frühzeitig in den Ruhestand zu treten?

5) Erachten Sie den Umstand, daß Arbeitnehmer in den Ruhestand gedrängt werden, weil sie keine weitere Beschäftigungsmöglichkeit haben oder keine weiteren Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung erhalten, als Mittel zur Lösung des Beschäftigungsproblems?

Wenn nein, was werden Sie dagegen unternehmen?

6) Teilen Sie die Auffassung namhafter Experten, daß sich unter Einbeziehung aller arbeitswilligen und - fähigen Personen die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Österreich auf rd. 500.000 bis 600.000 beläuft?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn nein, wie hoch schätzen Sie diese Zahl?

7) Wie hoch schätzen Sie die Zahl jener Arbeitskräfte, die in Folge der Einführung des Euro arbeitslos werden, und welche Maßnahmen werden Sie setzen, um diesen eine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten?

8) Schließen Sie sich der Auffassung Ihres Parteikollegen Harald Ettl an, daß mit der Osterweiterung eine Abwanderung von Betrieben und dadurch ein Verlust von Arbeitsplätzen eintreten wird?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, was werden Sie dagegen unternehmen?

9) Können Sie ausschließen, daß es im Zuge der EU - Osterweiterung zu einem Sinken des Lohnniveaus in Österreich kommen wird?

Wenn ja, aus welchem Grund?

Wenn nein, was werden Sie dagegen unternehmen?

10) Wie hoch sind die Industrielöhne in den MOEL im prozentmäßigen Vergleich zu jenen in Österreich?

11) Wie hoch ist der Unterschied in der Wirtschaftskraft zwischen Österreich und den benachbarten MOEL gemessen am BIP zu laufenden Marktpreisen?

Welche Auswirkungen erwarten Sie sich davon auf Österreich?

12) Können Sie ausschließen, daß es durch die in Folge der EU - Osterweiterung erwartete Zuwanderung von zigtausenden Billigarbeitskräften zu einem massiven Druck auf österreichische Arbeitnehmer kommen wird?

Wenn ja, aus welchem Grund?

Wenn nein, was werden Sie dagegen unternehmen?

13) Welche österreichischen Ballungszentren liegen in Tagespendeldistanz zu städtischen Zentren in den MOEL und welche Auswirkungen sind dadurch auf die regionalen Arbeitsmärkte Österreichs zu erwarten.

14) Können Sie ausschließen, daß es durch die EU - Osterweiterung im grenznahen Bereich zu Wettbewerbsverzerrungen insbesondere im Dienstleistungs - und Nahversorgungsbereich kommen wird?

Wenn nein, was werden Sie dagegen unternehmen?

Wenn ja, warum nicht?

15) Können Sie ausschließen, daß es durch die EU - Osterweiterung zu einem Absinken der Sozial - und Umweltstandards kommen wird?

Wenn ja, aus welchem Grund?

Wenn nein, was werden Sie dagegen unternehmen?

16) Wie rechtfertigen Sie den Umstand, daß, zum Beispiel entgegen Ihren Ankündigungen vom 16.05.1997, wonach im Herbst kein Lehrstellensuchender ohne Lehrstelle bleibt, derzeit weit mehr als 10.000 Jugendliche ohne Beschäftigung sind?

17) Wie rechtfertigen Sie im Hinblick auf die Lehrstellenmisere den Umstand, daß, das von Ihnen wiederholt angekündigte, zuletzt bis Mitte Februar 1998 versprochene Lehrlingspaket nach wie vor aussteht?

18) Welche Gründe sind ausschlaggebend dafür, daß entgegen Ihren Ankündigungen nach wie vor eine Einigung der Koalition in dieser Angelegenheit auf Kosten der Jugendlichen nicht erfolgte, und wer trägt die Verantwortung für dieses offensichtliche Desinteresse an der Beschäftigung der Jugendlichen?

- 19) Teilen Sie die Auffassung namhafter Experten, daß es im Bereich der Inanspruchnahme von Fördermitteln zu einem „Wildwuchs“ kam?
Wenn ja, wer trägt dafür die Verantwortung?
Was werden Sie dagegen unternehmen?
- 20) Wer trägt die Verantwortung für das „derzeit ungerechte System, als derjenige, der mit der Beschäftigung von Lehrlingen am längsten zuwartet, in der Praxis die meisten Förderungen bekommt,“?
Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung daraus gezogen?
- 21) Wie viele Lehrlinge hat der Bund in den Jahren 1990 bis 1997 jeweils beschäftigt?
- 22) Wird die Bundesregierung Maßnahmen setzen, um die in den letzten Jahren im Widerspruch zu den beschäftigungspolitische Leitlinien von Luxemburg gesetzten arbeitsplatzvernichtende Schritte zu korrigieren?
Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie setzen?
Wenn nein, warum nicht?
- 23) Wie beurteilen Sie die Ansicht des EU - Ratsvorsitzenden im 2. Halbjahr 1997, Jean - Claude Juncker im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit „Wenn die Lohnnebenkosten und die Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Dienstleistungen gesenkt werden, dann passiert endlich was.“?
- 24) Wie können Sie angesichts der Feststellung der EU - Kommission, vier Prozentpunkte der derzeitigen Arbeitslosenquote in der EU seien auf die gestiegene Besteuerung des Faktors Arbeit zurückzuführen, auf Forderungen nach einer Senkung der Lohnnebenkosten mit den Worten „kann ich nicht mehr hören“ reagieren, wenn Sie gleichzeitig behaupten, eine „neue Vollbeschäftigung“ anzustreben?
- 25) Wie hoch wird der Anteil der Forschungs und Entwicklungsausgaben am BIP im Jahr 1998 sein?
- 26) Welche „zünftlerischen Eintrittsbarrieren“ für die von Ihnen als Positivum neuentdeckte selbständige Erwerbstätigkeit wollen Sie 1998 beseitigen?
- 27) Wann beabsichtigt die Bundesregierung die längst fällige Steuerreform durchzuführen und welche Maßnahmen bzw. Zielsetzungen soll bzw. wird diese beinhalten?
- 28) Beabsichtigt die Bundesregierung mit 01.01.1999 die längst fällige Steuerreform durchzuführen?
Wenn nein, warum nicht?

29) Welche Maßnahmen bzw. Zielsetzungen wird die von der Bundesregierung versprochene Steuerreform beinhalten?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage im Sinne des § 93 Abs. 2 GOG - NR zum frühestmöglichen Zeitpunkt dringlich zu behandeln.